

Archiv

Verband der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

13. SEP. 1965

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/174

Bonn, den 10. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

97

Das Wahlbündnis mit der SPD - eine politische Notwendigkeit

VON FRANK SEIBOTH

Vorsitzender des Bundesausschusses der GdP/BHE

2a

Falschgeld als gängige Wahlmünze

32

CDU/CSU spielen mit gezinkten Karten

Dr. Alex Möller kontert

3

Bemerkenswerte Übereinstimmung

49

DFU und NPD agieren mit gleicher Stoßrichtung

4

Naiv oder scheinheilig ?

35

Erhards Werbefeldzug

Von Karl Garbe

5 - 6

Europas Sozialdemokraten weiter für Integration

90

Eine vorweggenommene Antwort auf die Pressekonferenz de Gaulles

Von Egon C. Heinrich

+ + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 219 01/319 • Redaktion 218 31/32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

## Das Wahlbündnis mit der SPD - eine politische Notwendigkeit

VON FRANK SEIBOTH

Vorsitzender des Bundesausschusses der GdP/BHE

Das Wahlbündnis, das die beiden bedeutendsten Landesverbände der Gesamtdeutschen Partei in Hessen und in Niedersachsen mit der SPD eingegangen sind und das auf die Wähler der GdP auch in anderen Bundesländern erhebliche Anziehungskraft ausübt, ist unter den Umständen, die die GdP zum Verzicht auf eigenständige Kandidaturen veranlaßt hat, eine ganz natürliche Angelegenheit. Die GdP ist eine kleine Partei, doch trotz der erlittenen Wahlniederlagen in den letzten Jahren in den meisten Bundesländern gut organisiert. Ihre bewährte Organisation bleibt erhalten, weil ihre Mitglieder, zumeist Heimatvertriebene und Kriegsgeschädigte, von der Richtigkeit und der Notwendigkeit ihrer politischen Zielsetzung überzeugt sind. Diese Zielsetzung ist es, weswegen die GdP sich um ein Mindestmitspracherecht und eine Informationsmöglichkeit an den Quellen der Politik bemüht. Das eine wie das andere ist nur in einem Wahlbündnis mit einer großen Partei zu erreichen.

\* \* \*

Soweit ist das Wahlbündnis mit der SPD als eine taktische Notwendigkeit für die GdP zu verstehen. Es wäre aber falsch, wollte man in dem Bündnis nur Taktik vermuten. Es geht der GdP noch mehr um ein politisches Anliegen: nämlich im Interesse ihrer politischen Auffassungen für die Ablösung jener Kräfte zu sorgen, die seit Gründung der Bundesrepublik in Bonn gemeinsam Regierungsverantwortung tragen.

- \* Die Ergebnisse der von CDU/CSU und FDP geführten Politik entsprechen
- \* nicht den Vorstellungen der GdP von einer Politik, die Deutschland
- \* wieder zum freien Vaterland aller Deutschen als einem mit seinen
- \* Nachbarn in West- u. n. ö. Ost versöhnten und außerdem gesellschafts-
- \* politisch modernen Staat werden läßt.

Deshalb gab es für die verantwortungsbewußten Kräfte der GdP keine andere Wahl, als den Wahlkampf gemeinsam mit der SPD für die Ablösung der regierenden Parteien durch die Opposition zu führen.

\* \* \*

Die GdP führt diesen Wahlkampf an der Seite der SPD in dem Bewußtsein, auch den politisch richtigen Weg gegangen zu sein, weil sie auch politisch mit vielen Grundauffassungen der SPD übereinstimmt. Das gilt für die Sozial- und Kulturpolitik ebenso wie für die gesamtdeutsche, die europäische Ostpolitik und für die Politik in atlantischen Bündnis.

- \* In der Erkenntnis, daß Wiedervereinigungspolitik keinen Sinn hätte,
- \* wenn sie über dem Streben nach gerechten Grenzen für ein künftiges
- \* freies Deutschland verabsäumt, diesem Deutschland einen gesellschafts-
- \* politischen Inhalt zu geben, der die Deutschen ihr Vaterland wieder
- \* lieben lehrt, weiß sich die GdP von vornherein mit der Sozialdemokra-
- \* tie einig in dem Streben nach gerechtem Anteil des schaffenden Mer-
- \* schen an den Ergebnissen gemeinschaftlicher Arbeitsleistung und nach
- \* sozialer Sicherheit durch eine ausgleichende und gerechte Sozialpoli-
- \* tik.

Wie die SPD, will auch die GdP den Bildungsnotstand überwinden, damit Deutschland auch in künftigen Jahrzehnten im friedlichen Wettbewerb mit anderen Industrienationen sich behaupten und den Lebensstandard der Bevölkerung sichern kann. Schließlich ist das Streben nach einer Intensivierung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten als Voraussetzung für ein Klima, in dem später mit Aussicht auf Erfolg die deut-

sche Frage unter Wahrung der deutschen Rechtsansprüche erörtert werden kann, ein gemeinsames Anliegen beider Parteien. Und auch darin sind sich die beiden Parteien einig, daß im atlantischen Bündnis eine neue deutsche Position bezogen werden muß, um die Potenz der Bundesrepublik in diesem Bündnis zugunsten der deutschen Wiedervereinigung als Voraussetzung eines gesicherten europäischen Friedens endlich wirksam werden zu lassen.

\* \* \*

Mißt man die Ergebnisse der bisherigen Bonner Regierungspolitik an diesen aus gesamtdeutschen Verantwortungsbewußtsein geborenen Forderungen, dann erkennt man leicht, daß sie zu diesen Zielen nicht geführt oder ihnen sogar entgegengewirkt hat.

- \* Bundeskanzler Erhard hat in letzter Zeit mehrfach bewiesen, daß ihm,
- \* der die Richtlinien der Politik bestimmen sollte, die Bedeutung
- \* einer auf die Gesundung Deutschlands gerichteten Sozial- und Kultur-
- \* politik fremd ist. Seine Bemerkungen über Vertriebene und Spätheim-
- \* kehler beim Wirtschaftstag der CDU, seine und seines FDP Finanzmi-
- \* nisters Mitwirkung bei der Abwürgung der 18. Lastenausgleichsnovelle,
- \* die von ihm gebilligte Mietenpolitik des Wohnungsbauministers und
- \* die in den letzten Tagen bekanntgewordene Regierungsabsicht, für den
- \* sozialen und den Flüchtlings-Wohnungsbauplan künftig nichts mehr zu tun,
- \* beweisen es ebenso wie seine Verharmlosung des Bildungsnotstandes.
- \* Von einem solchen Kanzler und von Parteien, die ihn wieder instal-
- \* lieren möchten, ist nichts Positives für Deutschlands Zukunft zu
- \* erwarten.

\* \* \*

In der Außenpolitik sieht es noch schlimmer aus. Darüber, ob die Regierungsparteien eine Schuld an dem jahrelangen Stagnieren der deutschen Wiedervereinigungspolitik trifft oder nicht, mögen Historiker urteilen. Dagegen jedoch, daß die Bundesregierung ohne Initiative und eigene Ideen seit Jahren leiert und zu keinen Erfolgen sondern nur Fehlschlägen kommt, besteht kein Zweifel. Insofern also ist das Urteil auch über das außenpolitische Ergebnis Erhard'scher Regierungstätigkeit gesprochen. Innenpolitisch ist Erhard für alle, denen an der inneren Gesundung Deutschlands gelegen ist, eine herbe Enttäuschung. Außenpolitisch hat er es sogar vermocht, Schröder zu einer Enttäuschung werden zu lassen, weil er es nicht verhindert, daß seinen Außenminister bei jedem Versuch zu einem vernünftigen Schritt in der Außenpolitik aus den Reihen der eigenen Partei, voran von Franz Josef Strauss, mörderisches Feuer gegeben wird.

\* \* \*

Von Parteien, die es nicht vermocht haben, nach dem Zusammenbruch einen bereitwilligen Volk moderne gesellschaftspolitische Wege zu weisen, die im Gegenteil andere Völker, wie zum Beispiel Schweden, die uns in dieser Hinsicht weit voraus sind, noch verhöhnen und dabei nebenher außenpolitisches Kapital zerschlagen, die wegen ihrer inneren Zerrissenheit zu keiner für Deutschland und Europa nützlichen ostpolitischen Aktivität kommen können, von solchen Kräften haben die Heimatvertriebenen und die Geschädigten des Krieges nichts zu erwarten. Deshalb ist der in diesem Wahlkampf von der FDP gewählte gemeinsame Weg mit der SPD richtig. Deshalb erwarten auch die maßgebenden Männer der FDP, daß ihre Anhänger auch in jenen Ländern, wo kein offizielles Wahlbündnis mit der SPD geschlossen wurde, für die Kandidaten und die Liste der FDP stimmen werden.

\* \* \*

Falschgeld als gängige Wahlmünze

CDU/CSU spielen mit gezinkten Karten

Dr. Alex Möller kontert

sp - In zahlreichen Zeitungsredaktionen flatterte dieser Tage ein vertraulicher "Informationsbrief" aus Hamburg auf den Tisch. Darin wird u.a. dargestellt, daß der CSU-Steuerexperte, Dr. Walter Eckhardt, München, eine sogenannte Steuerkritik verfaßt hat, die angeblich den "Beweis" erbringen soll, wie sehr die Forderungen der SPD zur Lösung der Gemeinschaftsaufgaben die Wirtschaft und den Wohlstand gefährden. Unter Berufung auf den Finanzminister a.D. Etzel und den Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundestages, Dr. Otto Schmidt, werden Gruselgeschichten über angebliche Steuererhöhungspläne einer sozialdemokratischen Bundesregierung dem staunenden Empfänger dieses "Informationsbriefes" angekündigt. Ferner wird behauptet, die von Herrn Etzel und Herrn Dr. Otto Schmidt angekündigten Steuererhöhungspläne seien von der Opposition bisher nicht dementiert worden.

Das alles ist natürlich Schwindel. Auch hier spielt die CDU/CSU mit gezinkten Karten, und da sie wohl zu Recht befürchtet, dafür gestellt zu werden, bedient sie sich zur Verbreitung derartiger Tartaromeldungen eines scheinbar überparteilichen "Informationsbriefes". Damit die Sache aber auch richtig hinhaut, teilt der überparteiliche Informationsbrief seinen Empfängern zusätzlich mit: "Wir halten Dr. Eckhardts Steuerkritik für Sie abrufbereit, mit der Bitte, sie auch an Ihre Freunde weiterzugeben."

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Alex Möller, Finanzexperte der SPD und Mitglied der Sozialdemokratischen Regierungskommission, hat diese "überparteiliche" Schleichwerbung für die CDU/CSU sofort kontert. Am 8. September 1965 richtete Dr. Alex Möller an den Hamburger "Informationsdienst" folgendes Schreiben:

- \* "Sehr geehrte Herren!
- \* In Ihrem Dienst vom 7. September 1965 machen Sie unter der Überschrift "In der Frage der Steuerbelastung der Wirtschaft scheiden sich diesmal wirklich die Geister" Ausführungen, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Die SPD und ich haben fortlaufend die uns von CDU-Seite unterstellten Steuererhöhungspläne scharf und eindeutig dementiert.
- \* Auch zu dem Pamphlet, das von Herrn Etzel herausgegeben wird und das anscheinend übereinstimmt mit der sogenannten Steuerkritik des Herrn Dr. Eckhardt haben wir uns sofort nach dem Bekanntwerden klar geäußert und am Montag, den 6. September 1965, die beiliegende Gegenarstellung der Bundespressekonferenz überreicht.
- \* Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.
- \* Hochachtungsvoll

Alex Möller"

Es muß doch sehr schlecht bestellt sein um die Stimmung bei der CDU/CSU, wenn man dort auf diese Weise Falschgeld als Wahlmünze in Umlauf bringen will. Da jedoch Lügen kurze Beine haben und auch gezinkte Karten gewöhnlich nicht lange im Umlauf bleiben, sind wir sicher, daß die Empfänger dieses "Informationsbriefes" die Konsequenzen aus diesem Übertölpelungsversuch ziehen werden. + + +

### Bemerkenswerte Übereinstimmung

#### DFU und NPD agieren mit gleicher Stoßrichtung

sp - Aus allen Teilen der Bundesrepublik wird gemeldet, daß die rechts- und linkeradikalen Parteien, die zur Bundestagswahl zugelassen sind, fast regelmäßig in Diskussionsbeiträgen in Versammlungen der großen demokratischen Parteien mit gleicher Stoßrichtung auftreten. DFU und NPD halten sich in dieser Beziehung auf gleichem Niveau. Bei Fragen, die sowohl von DFU- als auch von NPD-Anhängern gestellt werden, kommt die gleiche Tendenz zum Ausdruck: Die demokratischen Parteien haben "versagt", man muß "neue Parteien" wählen, man muß "mit der Parteienherrschaft in Bonn. Schluß machen".

Interessant ist auch die fast völlige Übereinstimmung links- und rechtsradikaler Redner bei der Behandlung von Fragen, die das Deutschlandproblem betreffen. DFU- und NPD-Propagandisten sprechen von "gesamtdeutschen Gremien", von "Verhandlungen mit der anderen deutschen Regierung" und motivieren ihre Forderungen mit der Bemerkung, daß "wir doch alle zusammengehören".

Ebenfalls fast gleichlautend sind die Argumente gegen die Verbrechen der Bundesrepublik. Sowohl bei der DFU als auch bei der NPD wird von "westlichen Kapitalismus" gesprochen, der die Bundesrepublik nur als "Plattform für seine imperialistischen Ziele" benutzt. Das Vokabular der Links- und Rechtsextremisten ist so gleichlautend, daß die Besucher von Versammlungen dieser Parteien kaum feststellen können, bei wem sie zu Gast sind, wenn sie nicht vorher durch die Versammlungsankündigung erfahren haben, wer der Veranstalter ist.

Bemerkenswert ist die Identität der Angriffe auf "Bonn" in bezug auf innenpolitische Fragen. Die sozialen Probleme werden von DFU- und NPD-Rednern gleichermaßen mit Angriffen auf "die kapitalistische Interessenherrschaft der Bonner Parteien" gewürzt. Nur in Nuancen unterscheiden sich DFU und NPD bei der Erörterung aller agrarpolitischen Themen. Hier wird ebenfalls vom "Versagen der Bonner Parteien" gesprochen und es wird einträchtig angedeutet, daß die "Bundesrepublik der Hort von Großagrarier" sei.

Ausländische Beobachter des Wahlkampfes, die sich natürlich besonders für die Frage interessieren, ob die Links- oder Rechtsradikalen bei der kommenden Bundestagswahl eine reelle Chance haben, vermuten aller Ernsten, daß DFU und NPD ihre finanziellen Mittel für den Wahlkampf von den gleichen Quellen erhalten. Natürlich wird sich eine solche Vermutung nicht beweisen lassen; bemerkenswert jedoch ist, daß DFU und NPD trotz ihrer geringen Anhängerschaft über beachtliche finanzielle Mittel zu verfügen scheinen.

Unabhängig davon darf schon jetzt eine sicher zutreffende Feststellung getroffen werden: Ähnlich wie in der Weimarer Republik haben sich die Matadoren der DFU und der NPD, die sich zum Teil aus ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Nationalsozialisten rekrutieren, ganz offensichtlich in der gemeinsamen Zielsetzung gefunden, die demokratische Substanz der Bundesrepublik wenigstens stimmungsgemäß zu unterminieren. Im Gegensatz zur Weimarer Republik jedoch wird weder der DFU noch der NPD die Chance eingeräumt, auch nur annähernd an die Fünf-Prozent-Klausel heranzukommen. Die für DFU und NPD abgegebenen Stimmen sind verloren.

## Naiv oder scheinheilig ?

### Erhards Werbefeldzug

Von Karl Garbe

Ludwig Erhard behauptete wörtlich: "Die SPD würdigt den Wahlkampf zu einem Reklamefeldzug herab."

Im sogenannten Wahlaufruf der CDU heißt es von der SPD: "An die Stelle der Politik setzt sie Reklame."

Diese beiden Zitate stehen stellvertretend für viele andere, in denen die CDU/CSU fortwährend Entrüstung heuchelt über die Entweihung des Wahlkampfes durch die SPD.

In Wahrheit ist es genau umgekehrt. Die SPD ist die einzige Partei, die außer der Streuung keine Werbe- bzw. Reklamefirma bei der Planung und Gestaltung des Wahlkampfes eingesetzt hat.

Für den CDU-Wahlkampf dagegen wurden eingespart die Werbefirmen:

- \* Dr. Hegemann GmbH, Düsseldorf
- \* die Werbe-GmbH, Essen und
- \* einige kleinere Unternehmen.
- \* Die CDU stützt sich auf die Union-Werbung, München.

Daß Ludwig Erhard neuerdings prahlt, die Union habe es nicht nötig, Clowns für sich auftreten zu lassen und sich mit Kinkerlitzchen und Tingeltangel aufzuhalten, entspringt einer Gesinnung, die seinerzeit Gott-hold Ephraim Lessing zu der Erkenntnis führte: Man spricht von den Tugenden, die man nicht hat. Oder hält Ludwig Erhard den auf ihn gemünzten Wahlmarsch für ein ernsthaftes Opus neuer Tonkunst?

Oder will Ludwig Erhard mit den 4 Millionen CDU-Reisoprospekten die deutschen Grenzen schützen?

Oder kennt er nicht die diversen CDU-Streichholzschachteln, CDU-Drehbleistifte, CDU-Mützenblenden, CDU-Sonnenschirme, CDU-Plastiktaschen?

Oder weiß Ludwig Erhard garnicht, daß das CDU/CSU-Handbuch für den Bundestagswahlkampf sowohl Autokorso als auch Mobilwerbung mit Abspielen von Kabarettombändern zum Einsatz ausdrücklich empfiehlt?

Wenn die mit Ludwig Erhards Konterfei geschmückten Metalldukaten nicht als Kinkerlitzchen gelten - kann es sich dabei logischerweise nur um Falschgeld handeln.

Wer so hemmungslos im Kleinen wie im Großen nach der Maxime "Halte den Dieb" seine "Politik" betreibt, ist entweder naiv - oder scheinheilig.

## Europas Sozialdemokraten weiter für Integration

Eine vorweggenommene Antwort auf die Pressekonferenz de Gaulles

Von Egon C. Heinrich

Zu ihrer diesjährigen Herbsttagung trafen 35 sozialdemokratische Parlamentarier aus den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Frankens Metropole Nürnberg zusammen. Die Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft, die Nürnberger Bundestagsabgeordnete Frau Käthe Strobel, hatte ihre Heimatstadt als Tagungsort ausgewählt. Sie konnte im großen Sitzungssaal des Nürnberger Rathauses auch maßgebliche Repräsentanten der Exekutivbehörden der Europäischen Gemeinschaften begrüßen: den Vizepräsidenten der EWG-Kommission, Prof. Levi Sandri, Italien, das Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, Jean Fohrmann (Luxemburg), das Mitglied der Euratom-Kommission, Prof. de Groot sowie den Kabinettschef des Vizepräsidenten der EWG-Kommission Dr. Mansholt, den Niederländer Alfred Mozer. Als Vertreter der Parteien war der Vorsitzende des Verbindungsbüros der sechs sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften, der ehemalige französische Minister Gerard Jaquet erschienen.

### "La müssen wir hart sein"

Im Mittelpunkt der Fraktionssitzung stand die am 1. Juli dieses Jahres ausgebrochene Krise in der EWG. Prof. Levi Sandri, der Sozialexperte der EWG-Kommission, gab eine Information aus erster Hand über die Vorgeschichte der Krise und die seitherige Entwicklung. Nach seiner Ansicht hat die EWG-Kommission ihre Befugnisse nicht überschritten, wie dies von de Gaulle behauptet wird. Die Antwort der europäischen Sozialdemokraten auf die integrationsfeindliche und nationalistische Politik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle lautet: "Hart bleiben!" Käthe Strobel formulierte es unmißverständlich:

"Jede Lösung der EWG-Krise muß von dem Grundsatz der Vertragserfüllung ausgehen. Man kann von de Gaulle nicht mehr erwarten als die Erfüllung des Vertrages, aber wir dürfen auch nicht weniger von ihm verlangen. Da müssen wir hart sein. Wir können keinesfalls eine Lösung akzeptieren, die eine Aufweichung der EWG zur Folge hat."

In diesem Punkt ergab sich volle Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden des Verbindungsbüros der Sozialdemokratischen Parteien.

### Treibende Kraft

Mit ihrer in Nürnberg zum Ausdruck gekommenen Haltung hat die sozialdemokratische Fraktion des Europäischen Parlaments wieder bezeugt, daß sie eine treibende Kraft für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ist. Sie wird jedem Versuch, die Supranationalität der bestehenden europäischen Institutionen zu schmälern, ein eindeutiges Nein entgegenstellen. Das bisher Erreichte darf im Interesse des Wohlbefindens der 180 Millionen Menschen im Gemeinsamen Markt nicht aufs Spiel gesetzt werden. Gleichzeitig tritt die sozialdemokratische Europafraktion für die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit legislativen Befugnissen und für die Direktwahl der europäischen Abgeordneten.

neten ein. Käte Strobel verschwiegen nicht, daß nach ihrer Ansicht die gegenwärtig noch amtierende Bundesregierung die im deutsch-französischen Vertrag gebotenen Möglichkeiten zur Überwindung der Brüsseler Krise nicht genutzt hat.

#### Hoffnungen auf die SPD

Auf einer Kundgebung in der Nürnberger Meistersinger-Halle zum Thema "Wir brauchen Europa" sprachen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion aus den EWG-Partnerstaaten sowie die Repräsentanten der EWG-Kommission und der Hohen Behörde der Montanunion. Nach Ansicht des französischen Abgeordneten Spénale haben sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nach Abschluß des deutsch-französischen Vertrages im Januar 1963 ständig verschlechtert. Die ausländischen Referenten waren sich alle darin einig, daß die SPD am 19. September die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden muß. Dies sei nicht nur notwendig für die Demokratie in Europa, sondern auch für das deutsche Ansehen in der Welt.

Als Abschluß der Tagung unternahm die sozialdemokratische Europafraktion eine Fahrt durch die Fränkische Schweiz zum bayerischen Zonenrandgebiet. Mit dieser Tagesreise sollte zweierlei erreicht werden:

1. den Politikern aus den fünf Partnerstaaten der Bundesrepublik sollte ein Eindruck von der deutschen Spaltung im Jahre 1965 vermittelt werden;

2. das bayerische Zonenrandgebiet ist gleichzeitig ein Randgebiet der EWG und nimmt daher im Rahmen der EWG-Regionalpolitik einen wichtigen Platz ein. Bereits in Artikel 92 des 1957 ratifizierten EWG-Vertrages ist von Beihilfen für die von der Teilung Deutschlands betroffenen Gebiete die Rede. Insofern hatten die Europa-Parlamentarier auch ein "europäisches" Interesse an Zonenrandgebieten.

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Kronach gab den Besuchern einen Überblick über die wirtschaftlichen Folgen und Schwierigkeiten, die aus der deutschen Teilung resultieren. Der Landkreis Kronach diente dabei als Beispiel für viele andere Gebiete entlang der 1400 km langen Demarkationslinie. Es zeigte sich, daß trotz der Hilfen von Bundes- und Landesregierungen noch vieles in den Zonenrandgebieten im Argen liegt. Besondere Schwierigkeiten macht den Zonenrandgebieten ihr marktferner Standort und die daraus resultierende Benachteiligung im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf.

#### Das Recht auf Selbstbestimmung

Den krassesten Eindruck von der Brutalität der deutschen Spaltung erhielten die Europa-Politiker in Falkenstein. Dort geht der Stachelkraut mitten durch den Garten eines Restaurants. Die Gaststätte liegt noch diesseits, Mühle und Pumpstation aber jenseits der Grenze. In einer kleinen Ansprache 10 Meter von Ulbrichts Machtbereich entfernt erinnerte Käte Strobel daran, daß die sechs Sozialdemokratischen Parteien der EWG im Mai dieses Jahres folgenden Beschluß faßten: "Eine der Hauptgarantien für den Frieden in Europa ist die, daß es dem deutschen Volk ermöglicht wird, wie andere Völker in ein und demselben Staat zu leben und über seine Angelegenheiten selbst zu bestimmen."